

TOP 3.7.2 EU 2020 Zwischenbericht: Das Beschäftigungs- und Armutsziel wird verfehlt - Einseitige Sparpolitik geht zu Lasten der sozial Schwachen und wird selbst von der OECD als ungeeignet angesehen

Beschreibung der Problematik und Hintergrund

Die 2010 beschlossene Europa-2020-Strategie, die auf zehn Jahre angelegte Wachstumsstrategie der Europäischen Union, verfehlt ihre sozialen Ziele, wie der Zwischenbericht¹ zeigt. Im Rahmen dieser Strategie hat sich die EU unter anderem das Ziel gesetzt, bis 2020 die Erwerbsquote der Frauen und Männer im Alter von 20 bis 64 Jahren auf 75 Prozent anzuheben und die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten um 20 Millionen zu reduzieren. Von beiden Kernzielen ist die EU weit entfernt.

Mit 68,4 Prozent im Jahr 2012 liegt die Erwerbsquote derzeit 6,6 Prozentpunkte unter dem angestrebten Ziel. Die EU müsste rund 16 Mio. Menschen zusätzlich in Arbeit bringen, um ihr Ziel bis 2020 zu erreichen. Die Armutsgefährdungsquote ist seit 2009 um 10 Mio. Personen auf 124 Mio. Menschen angestiegen, anstatt zu fallen. Der vereinbarte Zielwert läge 2020 bei (immer noch erschreckenden) 96,4 Mio. Menschen und wird ebenfalls verfehlt werden.

Die EU schreibt der Finanz- und Wirtschaftskrise das Nichterreichen der Ziele zu. Dass ihre einseitige Sparpolitik (Austeritätspolitik) Anteil am Verfehlen der Ziele hat, verschweigt sie. Dabei kommen fünf Jahre nach Krisenausbruch selbst Organisationen wie die OECD (Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der entwickelten Industriestaaten) zum Schluss², dass die einseitige Sparpolitik negative Verteilungswirkung hatte und die verordneten Krisenbekämpfungsmaßnahmen am stärksten zu Lasten der sozial Schwachen gingen. So haben Geringverdiener-Haushalte in vielen OECD-Ländern relativ die größten Einkommensverluste in der Krisenzeit hinnehmen müssen. Besonders hart traf es hier Estland, Italien, Griechenland, Irland und Spanien, allesamt EU-Staaten.

Im Gegensatz zur EK erkennt die OECD, dass die langfristig verbundenen Folgen dieser negativen sozialen Entwicklung höchst problematisch sind. Zwar erhole sich die Weltwirtschaft nach der Wirtschaftskrise in kleinen Schritten. Von einem durchgreifenden Wirtschaftsaufschwung könne man angesichts der Wachstumsraten und der Prognosen zwar nicht sprechen, doch zumindest sei der wirtschaftliche Abwärtstrend gestoppt: Für die Eurozone werde 2014 ein Wachstum von 1,1% erwartet, die Weltwirtschaft soll um 3,6% zulegen. Der Aufschwung alleine werde aber nicht reichen, um jenen wieder auf die Füße zu helfen, die es am härtesten getroffen habe. Vor allem weil ausgabenseitiges Sparen die soziale Ungleichheit vergrößere.

Die OECD kritisiert in diesem Zusammenhang das Sparen bei Sozialleistungen als kurzfristig und spricht sich für soziale Investments aus. Sozialleistungen sollten erst im Zuge einer wirtschaftlichen Erholung zurückgenommen werden. Auch hat sich bei ihr die Erkenntnis durchgesetzt, dass Ausgabenkürzungen die sozial Schwachen viel stärker getroffen haben als die vorgenommenen Steuererhöhungen. Sie warnt angesichts der enormen Arbeitslosigkeit vor Einsparungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung und aktiven Arbeitsmarktpolitik. Im Gegenteil, sie empfiehlt kurzfristig höhere

¹ EK 2014: Bestandsaufnahme der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum

² OECD 2014: Society at a Glance 2014, The crisis and its aftermath, OECD SOCIAL INDICATORS

Ausgaben, wenn diese helfen können, Beschäftigung zu schaffen. Auch generelle Kahlschläge in Familien- und Wohnpolitik wirken ihrer Meinung nach kontraproduktiv.

In der Studie warnt die OECD vor künftigen Problemen, wenn die Kürzungspolitik fortgeführt wird. Unterstützt wird die Position der OECD auch vom IWF, der in seinen Studien zunehmend auch die Verteilungsfrage thematisiert. In der im Februar 2014 veröffentlichten IWF-Studie „Redistribution, Inequality and Growth“ kommen die Autoren zu dem Ergebnis, dass Ungleichheit sich nicht nur negativ auf das soziale Gefüge einer Gesellschaft auswirkt, sondern in der Regel auch die Wachstumsaussichten einer Volkswirtschaft beeinträchtigt. Der Fonds schließt sich damit mehreren kritischen Studien an, die in den letzten Jahren auf massive Fehlentwicklungen in der internationalen Verteilungspolitik hingewiesen haben.

Ausblick

International hat die Verteilungsdiskussion, auch in Zusammenhang mit den sozialen Auswirkungen von Sparpaketen an Bedeutung gewonnen. Von einem wirklichen Durchbruch kann aber noch nicht gesprochen werden. Bei den Zukunftsvorschlägen geht die OECD zwar viel weiter als die Europäische Kommission, hat sich von ihrem alten Ductus der Strukturreformen als Allheilmittel aller Probleme aber noch nicht (vollständig) gelöst. Dem alternativlosen Sparen hängt aber vor allem noch die Europäische Union und allen voran Deutschland an. Generell fällt auf, dass in der europäischen Debatte die verteilungspolitische Dimension immer noch weitgehend unterdrückt wird.

Weitere Vorgangsweise

Die AK bringt sich dauerhaft mit entsprechenden schriftlichen Stellungnahmen und mündlichen Interventionen im Rahmen der Koordinierung des Europäischen Semesters ein. Sie wird sich ebenso an der öffentlichen Konsultation zu den EU 2020 Zielen beteiligen und besonders die Erfüllung der sozialen und beschäftigungspolitischen Ziele einfordern. Dazu bedarf es aus Sicht der AK einen makroökonomischen Kurswechsel in der EU-Politik, was insbesondere die verteilungspolitisch problematische Austeritätspolitik betrifft. Das selbst die OECD die bisherige Krisenpolitik scharf kritisiert, ist als positives Zeichen zu werten. Der bestehende Aufwind durch die Studien internationaler Organisationen sollte jedenfalls genutzt werden um einen Paradigmenwechsel weiter voranzutreiben.

Insofern werden alle AK-Formate im Kontext der anstehenden EP-Wahl (Broschüren, Veranstaltung am 30.4.) dazu genutzt, diesen Paradigmenwechsel zu propagieren, um mittelfristig an einem neuen Konsens darüber in der europäischen Politik anzustoßen.